SCHLESWIG-
HOLSTEINISCHER
LANDTAG

Ausschussdienst und
Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 140. Sitzung

am Donnerstag, dem 24. September 2026, 12:30 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Christian Dirschauer (SSW), Vorsitzender
Michel Deckmann (CDU)
Peter Lehnert (CDU)
Ole-Christopher Plambeck (CDU)
Sönke Siebke (CDU)
Rasmus Vöge (CDU)
Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dr. Kai Dolgner (SPD), in Vertretung von Birgit Herdejürgen
Beate Raudies (SPD)
Annabell Krämer (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung: **Seite**

1. Anhörung....4

Entwurf eines Gesetzes zur Flexibilisierung des kommunalen Haushaltsrechts....4

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/4517

Änderungsantrag der Fraktion des SSW Drucksache 20/4555

(überwiesen am 17. Juni 2026 an den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

2. Verschiedenes....10

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, eröffnet die Sitzung um 12:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Anhörung

Entwurf eines Gesetzes zur Flexibilisierung des kommunalen Haushaltsrechts

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 20/4517
Änderungsantrag der Fraktion des SSW
Drucksache 20/4555

(überwiesen am 17. Juni 2026 an den **Finanzausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke 20/6798 (neu), 20/6821, 20/6845, 20/6859, 20/6875, 20/6882, 20/6896, 20/6898, 20/6909, 20/6910, 20/6922, 20/6923, 20/6926, 20/6937, 20/7046, 20/7120, 20/7252, 20/7350, 20/7388

Landesverband Bibliotheken Schleswig-Holstein e.V.

Oke Simons, Direktor

Umdruck 20/7252

Herr Simons trägt die Stellungnahme, Umdruck 20/7252, vor.

Verband kommunaler Unternehmen

Moritz Amtsberg, Geschäftsführer

Umdruck 20/6909

Herr Amtsberg trägt die Stellungnahme, Umdruck 20/6909, vor.

Verband der Norddeutschen Energie- und Wasserwirtschaft

Marc Mißling, Vorstandsmitglied und Geschäftsführer der Stadtwerke Eutin

Dr. Tobias Krohn

Umdruck 20/6882

Herr Mißling trägt die Stellungnahme, Umdruck 20/6882, vor.

Landessportverband Schleswig-Holstein

Hans-Jürgen Kütbach, Vizepräsident

Till Wöllenweber, Hauptgeschäftsführer

Umdruck 20/6926

Herr Wöllenweber trägt die Stellungnahme, Umdruck 20/6926, vor.

Bund der Steuerzahler

Jörg Sibbel, Präsident

Umdruck 20/6910

Herr Sibbel trägt die Stellungnahme, Umdruck 20/6910, vor.

Lorenz-von-Stein Institut für Verwaltungswissenschaften
an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Luisa Aline Hiller, Geschäftsführende wissenschaftliche Mitarbeiterin

Umdruck 20/6845

Frau Hiller trägt die Stellungnahme, Umdruck 20/6845, vor.

Dr. Thorsten Ingo Schmidt,
Professor für Öffentliches Recht, insbesondere Staatsrecht, Verwaltungs-, Kommunal- und Finanzrecht an der Universität Potsdam
(per Video)
Umdruck 20/6896

Herr. Dr. Schmidt trägt seine Stellungnahme, Umdruck 20/6896, vor.

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft
Ken Blöcker, Landesgeschäftsführer
Umdruck 20/6859

Herr Blöcker trägt die Stellungnahme, Umdruck 20/6859, vor.

Deutscher Tierschutzbund
Ellen Kloth, Landesvorsitzende
Nicole Schmonsees, stellvertretende Landesvorsitzende
Umdruck 20/6875

Frau Kloth und Frau Schmonsees tragen die Stellungnahme, Umdruck 20/6875, vor.

* * *

Der Finanzausschuss bedauert, dass die kommunalen Landesverbände aus terminlichen Gründen nicht an der Anhörung teilnehmen können.

Abgeordnete Krämer bezeichnet den Gesetzentwurf als „vergiftetes Geschenk der Landesregierung, das den finanzpolitischen Strang um den Hals der Kommunen in den nächsten Jahren weiter verschlimmern wird“.

Auf ihre Frage, inwieweit die Vorbereitungen zur Errichtung einer Stadtbahn in Kiel der kommunalen Grundinfrastruktur zuzuordnen seien, erwidert Innenstaatssekretär Dr. Schulz, diese Frage könne man im jetzigen Stadium nicht beantworten. Den vorliegenden Gesetzentwurf habe man nicht auf den Weg gebracht, um die Stadt Kiel in die Lage zu versetzen, die Mittel für die Stadtbahn aufzubringen und damit die zugesagte Kofinanzierung des Landes auszulösen; er sei keine Lex Stadtbahn Kiel.

Auf eine Frage des Vorsitzenden zur Aufnahme der Tierheime in den Katalog der kommunalen Grundinfrastruktur weist Frau Kloth darauf hin, dass Investitionen in Tierheimen überwiegend durch die Tierheime selbst finanziert würden und dass die Kommunen in der Regel nur geringe Zuschüsse gewährten.

Abgeordneter Plambeck betont das Anliegen des Gesetzentwurfs, Bürokratie abzubauen und den kommunalen Entscheidungsträgern durch erweiterte Kreditaufnahmemöglichkeiten mehr Verantwortung zu geben.

Abgeordnete Raudies unterstützt die Intention des Gesetzentwurfs. Die geforderte Genehmigungsfreiheit auch für die Kreditaufnahme zur Eigenkapitalzuführung sehe sie allerdings kritisch.

Abgeordneter Brandt sieht die Notwendigkeit, die Einnahmebasis der öffentlichen Hand insgesamt zu verbreitern. Er bittet noch einmal um Stellungnahme zur Bedeutung der Genehmigungsfreiheit für Investitionen und für Eigenkapitalzuführung.

Herr Mißling setzt sich für die Wahlfreiheit der Kommunen ein, entscheiden zu können, dem kommunalen Unternehmen Kapital in Form eines Gesellschafterdarlehens oder in Form von Eigenkapital zuzuführen; das Risiko für die Kommune sei in beiden Fällen gleich. Um größere Investitionen zu realisieren, brauche man einen Mix aus Fremdkapital und Eigenkapital.

Auch Herr Amtsberg stellt die Bedeutung der Eigenkapitalfinanzierung kommunaler Unternehmen heraus. Er wirbt noch einmal dafür, die Eigenkapitalquote vor Durchführung der Investition zu betrachten und den erforderlichen Mindestwert von 25 Prozent auf 20 Prozent abzusenken.

Abgeordnete Krämer lehnt beide Forderungen zum Thema Eigenkapital ab.

Auf weitere Fragen antwortet Herr Amtsberg, die kommunalen Unternehmen erfüllten wichtige gesellschaftliche Aufgaben. Bei Infrastruktur im Boden (Wärme, Wasser) gebe es keinen Wettbewerb.

Herr Mißling weist darauf hin, dass sowohl beim Gesellschafterdarlehen als auch beim Eigenkapital eine Verzinsung/Ausschüttung stattfinde und die Wirtschaftlichkeit nachgewiesen werde.

Abgeordnete Krämer warnt davor, dass der Staat in den Wettbewerb eingreife, und die Energieunternehmen stünden sehr wohl im Wettbewerb (Netzentgelte). Sie möchte wissen, wie das Land die Kommunen am besten finanziell unterstützen könnte.

Herr Dr. Schmidt führt aus, das zentrale Problem der Kommunen sei die erhebliche Belastung mit Sozialausgaben. Das Land sollte über den Bundesrat auf den Bund einwirken, weitere Steigerungen der Sozialausgaben zu vermeiden. Mittelfristig sollte der kommunale Anteil an den Steuereinnahmen erhöht und den von den Kommunen wahrzunehmenden Aufgaben und Investitionen angepasst werden. Außerdem sollten die Zahl der Förderprogramme, die auf allen Seiten Bürokratie verursachten, zurückgefahren und die Finanzmittel den Kommunen lieber über den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung gestellt werden, anstatt jetzt die Verschuldungsmöglichkeiten zu erhöhen. Die zeitliche Befristung des Gesetzes sei grundsätzlich zu begrüßen, allerdings zeige die Erfahrung, das Zeitgesetze aus politischen Gründen häufig verlängert würden. Daher rege er an, das Gesetz nicht im Vorfeld der übernächsten Landtagswahl auslaufen zu lassen, sondern zum Beispiel in der Mitte der übernächsten Legislaturperiode.

Staatssekretär Dr. Schulz bejaht die Frage der Abgeordneten Krämer, dass das Gesetz nach fünf Jahren automatisch außer Kraft trete.

Abgeordneter Plambeck macht darauf aufmerksam, dass Landesregierung und kommunale Landesverbände die Neuordnung der Finanzströme gegenwärtig untersuchten.

Abschließend bekräftigt Abgeordnete Krämer ihre Auffassung, den Umfang der Förderprogramme zugunsten einer Aufstockung des kommunalen Finanzausgleichs zurückzufahren, die Aufteilung der Steuereinnahmen zwischen Land und Kommunen zu überprüfen und die Verschuldungsmöglichkeiten jetzt nicht auch noch für die Kommunen auszuweiten.

2. Verschiedenes

Die nächste Sitzung des Finanzausschusses findet am 1. Oktober 2026 statt.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, schließt die Sitzung um 14:10 Uhr.

gez. Christian Dirschauer Vorsitzender	gez. Ole Schmidt Geschäfts- und Protokollführer